



Straßenbaubeiträge kurz vor dem Aus – Eigenheimerverband Bayern war Auslöser und massgeblich an den Plänen zur Abschaffung beteiligt

Die Freien Wähler haben ein Volksbegehren initiiert, die CSU will die Straßenbaubeiträge auf Druck abschaffen.

Aber wer hat den Stein wirklich ins Rollen gebracht: der Eigenheimerverband Bayern e.V. durch Einreichung der Popularklage gegen die Strabs gemeinsam mit dem Verband Wohneigentum am 19. Oktober 2017 beim Verfassungsgerichtshof München.

Diese Klageeinreichung rief die Medien auf den Plan und die Bürger auf die Strasse – gemeinsame Aktionen und Demonstrationen gegen die Straßenbaubeiträge waren die Folge. Die Aktionen führten dazu, dass mehrere Parteien in Bayern – darunter die Freien Wähler, die FDP und nun auch die CSU – sich erstmals klar gegen die Straßenbaubeiträge positionierten.

Der Eigenheimerverband Bayern fordert bereits seit langem die Abschaffung der Beiträge, reichte am Ende letzten Oktober Klage ein. Es folgte ein Begeisterungssturm bei betroffenen Bürger, bei Grundbesitzern und Medien, den die Parteien nun gerne in ihre Richtung lenken wollen. Als erstes starteten die Freien Wähler ein Volksbegehren (das der Eigenheimerverband Bayern als Partner mitunterschieden und seine Mitglieder zu Unterschriften aufgefordert hat) und nun erarbeitet die CSU einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Beiträge, der den Forderungen der Bürger nahekommt.

Wolfgang Kuhn, Präsident des Eigenheimerverbandes ist mit dem jetzigen Stand der Dinge zufrieden: „Viele unserer Mitglieder sind von den Straßenbaubeiträgen betroffen. Schon seit Jahren kämpfen wir um die Abschaffung der Beiträge und haben nun – durch die Einreichung der Popularklage – endlich einen entscheidenden Schritt in die richtige Richtung unternehmen können. Unser Ziel ist eindeutig, die Abschaffung der Straßenbaubeitragssatzung, denn sie ist ungerecht und kann bei einigen unserer Mitglieder zum finanziellen Desaster führen. Ich freue mich, dass die Freien Wähler nun das Volksbegehren aufgesetzt hat und die CSU definitiv über eine Gesetzesänderung zum Wohl der Bürger nachdenkt“.

Wie die Abschaffung umgesetzt wird und wer zukünftig für die Kosten der Straßensanierungen aufkommt ist noch nicht klar geregelt – diesem Thema hat sich die CSU angenommen, denn die Kosten sollen in Zukunft nicht mehr die Bürger, sondern die Staatsregierung begleichen. Jedoch nur – so ist es derzeit vorgesehen – wenn der Bau noch nicht abgeschlossen ist.

„Wer letztendlich was zu bezahlen hat, wird sich am Ende zeigen – klar ist aber schon heute, dass die Bürger entlastet werden und die Straßenbaubeiträge nicht mehr zu ihren Lasten gehen. Dieses Thema zeigt deutlich, dass wir uns immer der Sorgen und Nöte unserer Mitglieder annehmen und uns – auch wenn es manchmal etwas länger dauert – nicht von unseren Vorhaben abbringen lassen. Getreu dem Motto: Das Wohl der Mitglieder steht für uns im Vordergrund!“, so der Präsident des Eigenheimerverbandes Bayern.

Informationen zum Eigenheimerverband Bayern e.V.

Der Eigenheimerverband Bayern e.V. setzt sich aus 380 Ortsverbänden zusammen, die über alle bayerischen Regierungsbezirke verteilt sind und eigenständig arbeiten. Insgesamt hat die Organisation mehr als 80.000 Mitglieder. Die Hauptaufgabe ist die Interessenvertretung von Personen mit selbst genutztem Wohneigentum.



Zu den Leistungen des Verbandes zählt die Beratung in allen Angelegenheiten des Wohnungs-, Haus- und Grundbesitzes, wie zum Beispiel Erbrecht, Nachbarschaftsrecht, etc. Daneben tritt der Verband öffentlich als Experte für Wohn-, Grundstücks- und Bau Themen auf. Zu seinen satzungsgemäßen Aufgaben gehört des Weiteren die Beratung in allen Fragen rund um das Thema Garten.

Pressekontakt

Beatrice Wächter, Pressesprecherin

presse@eigenheimerverband.de

Eigenheimerverband Bayern e.V.

Schleißheimer Str. 205a, 80809 München

Telefon 089 / 307 36 60, Mobil 0160 / 90 232 85